



Wir wollen Deutschland dienen. Über die Bedeutung der Bürgergesellschaft für die innere Einheit

Für die Bundesregierung ist die Beteiligung der Zivilgesellschaft ein wesentliches Element ihrer Menschenrechtspolitik. Dazu gehört einerseits die Teilnahme am nationalen und internationalen Menschenrechtsdiskurs, aber auch an der Arbeit der internationalen Gremien und Einrichtungen des Menschenrechtsschutzes. Der Autor dieses Beitrages, **Günter Nooke** war von 2006 bis 2010 Beauftragter für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe der Bundesregierung und ist jetzt persönlicher G8-Afrika-Beauftragter der Bundeskanzlerin. Er sieht seine Aufgabe auch darin, eine Schnittstelle zwischen Regierung und Bürgergesellschaft zu bilden.

Dieser Beitrag ist im Rahmen der Publikation „Dreißig Thesen zur Deutschen Einheit“, herausgegeben von Dagmar Schipanski und Bernhard Vogel im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009 im Herder Verlag Freiburg erschienen.

Im Rahmen unserer Publikationsreihe „Themen zum Bürgerschaftlichen Engagement“ wollen wir diesen Beitrag über die Bedeutung der Bürgergesellschaft für die Deutsche Einheit einem größeren Interessentenkreis zugänglich machen.

März 2011



Konrad
Adenauer
Stiftung

Herausgegeben von

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Hauptabteilung Politik und Beratung
Arbeitsgruppe Innenpolitik
10907 Berlin

Dr. Ralf Thomas Baus

Leiter Team Innenpolitik
Tel. +49 30 26996-3503
Fax +49 30 26996-3551
ralf.baus.@kas.de
www.kas.de

Wolfgang Hilberer

Koordinator Bürgergesellschaft
Tel. +49 30 26996-3507
Fax +49 30 26996-3551
wolfgang.hilberer@kas.de
<http://aktive-buerger.kas.de>

Wir wollen Deutschland dienen. Über die Bedeutung der Bürgergesellschaft für die innere Einheit

Günter Nooke

Der staatsrechtlichen Einheit ist noch nicht überall eine innere Einheit gefolgt. Auch die neuen Länder brauchen eine starke Bürgergesellschaft – als Grundlage für Demokratie, Rechtsstaat und Soziale Marktwirtschaft. Nur eine Bürgergesellschaft sorgt für die Stabilität und Offenheit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Diese These ist so richtig wie unvollständig. – Wir feiern in diesem Jahr den 20. Jahrestag der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 und des Mauerfalls; wir Deutsche leben seit neunzehn Jahren in einem gemeinsamen Staat. Wir haben gemeinsam den Ostteil Berlins und die neuen Bundesländer in blühende Landschaften verwandelt und gehen nun auch mit der umbenannten SED in der Senatsregierung der deutschen Hauptstadt an den (Neu-)Aufbau der City West am Berliner Ku'damm. Die CDU ist weit mehr gesamtdeutsche Volkspartei und hat bei den drei Landtagswahlen am 30. August 2009 ganz im Osten – in Thüringen und Sachsen – besser abgeschnitten als ganz im Westen im Saarland. In der Bildungspolitik diskutiert man wieder über Erziehung, und wir brauchen in ganz Deutschland nur noch zwölf Jahre zum Abitur wie zu Zeiten der DDR; der zweifelhafte Versuch der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird unter einer Bundesministerin aus der West-CDU nun gesamtdeutsch unternommen. An Frauen in Spitzenpositionen hat man sich in der Berliner Republik gewöhnt. Angela Merkel ist seit 2005 deutsche Bundeskanzlerin, und obwohl sie eine evangelische Pfarrerstochter aus dem Norden ist und in der DDR aufwuchs, wurde sie am 27. September 2009 in ganz



Deutschland wiedergewählt; diesmal haben sie sogar Ostdeutsche angenommen, denn hier gab es deutliche Zuwächse für die Union.

Was soll bei soviel Gemeinsamkeit und Normalität also mit innerer Einheit gemeint sein? Sollen alle Menschen in Deutschland gleich fühlen und leben wollen, soll ihnen allen alles gleich wichtig sein, sollen sie im privaten wie im beruflichen Leben gleiche Ziele anstreben und zu ihren Geburtstagen dieselben Leute einladen? Nein, das kann nicht gemeint sein. Unterschiede und Vielfalt gab und gibt es im Westen wie im Osten, zum Beispiel solche zwischen Landsmannschaften, seien es die zwischen Rheinländern und Bayern oder zwischen Mecklenburgern und Sachsen. Vielfalt war immer in den deutschen Landen.

Oder ist damit das „Nichtangekommensein“ der Ostdeutschen in der alten Bundesrepublik gemeint? Dagegen könnte man einwenden: Warum sollte es ein Ziel sein, in der Vergangenheit anzukommen? Oder wird mit der fehlenden inneren Einheit gar das Unwohlsein der rheinischen Katholiken in Berlin zum Ausdruck gebracht, also das „Nichtangekommensein“ der Westdeutschen in der Gegenwart?

Die nicht erreichte innere Einheit wird oft an den unterschiedlichen Antworten festgemacht, die Ost- und Westdeutsche den Demoskopern bei ihren mitunter tendenziösen Umfragen geben. Da wird dann festgestellt, wer demokratischer tickt, wem Freiheit wichtiger als soziale Sicherheit ist, welche Seite die Mauer wiederhaben will, wer öfter oder besseren Sex hat, stärker zum Rechtsextremismus tendiert und in der Schule mehr über die SED-Diktatur in Deutschland gelernt hat, immer im Vergleich zur jeweils anderen Seite.

Die Vergleichsfelder umfassen für die Frage nach der inneren Einheit Wichtiges und Unwichtiges. Wie aussagekräftig die Fragebogen insgesamt sind, kann bezweifelt, muss hier aber nicht ausgeführt werden. Unbeachtet bleibt

meist, wer auf solche Fragen überhaupt willens und gewohnt ist, ehrlich zu antworten oder nur politisch korrekt.

Auf einen Widerspruch sei hingewiesen: Man kann nicht einerseits das Fehlen der inneren Einheit beklagen und zugleich davon sprechen, dass es doch eigentlich Osten und Westen nicht mehr gibt, wir alle nur noch Deutsche seien. Auch ich behaupte, dass es Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen gibt. Sie sind von einer anderen Qualität als die über Jahrhunderte geprägten regionalen, landsmannschaftlichen Unterschiede. Für mich haben sie weniger mit der sozialistischen ideologischen Indoktrination vom Kindergarten über die Schule bis hin zu Universität und Beruf zu tun, als vielmehr mit einer anderen Art gelebt zu haben; mit einer anderen Sozialisation in West und Ost, die freilich nicht losgelöst vom politisch-ideologischen System betrachtet werden kann.

Wenn wir auf dem Weg der politischen inneren Einheit weiterkommen wollen, reicht es deshalb nach meiner Überzeugung nicht, die Anzahl der politischen Bildungsseminare über das freiheitlich-demokratische System zu erhöhen. Frontalunterricht hat im Bildungswesen von Margot Honecker wenig gebracht und gehört nicht zum bevorzugten Instrumentarium der Pädagogik der wiedervereinigten Republik, schon gar nicht, wenn es um soziales Lernen geht. Für die angestrebte Bildungsrepublik wird es entscheidend sein, *ob* und *wie* Wissen mit Erfahrung, Fakten- mit Methodensicherheit, soziale, intellektuelle und politische Kompetenz, Kreativität und Loyalität, Eigenverantwortung gepaart mit Teamgeist – im Osten Kollektivgeist (minus Ideologie) genannt –, persönliche Sicherheit und gesellschaftliche Gelassenheit zusammenfinden!

Ja, müsste dieses Zusammenfinden von verschiedenen Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten nicht den entscheidenden Mehrwert für das Gemeinwohl und für jeden Einzelnen erzeugen? Ist dieses Zusammendenken und Zusammengehen nicht genau das, was mit Bürgergesellschaft auch über die Be-

reiche von Bildung und Politik hinausgehend gemeint sein müsste? Was kann dazu die Rede von der inneren Einheit beitragen? Oder ist sie nicht vielmehr nur in der gemeinsamen Bewältigung neuer, vor uns liegender Herausforderungen überhaupt erreichbar?

Wenn es richtig ist, dass auch heute noch über vierzig Jahre getrenntes Leben vor oder hinter Mauer und Stacheldraht nachwirken und zu unterschiedlichem Reden und Verhalten in Ost und West führen können, dann hieße das nach den obigen Überlegungen, nicht krampfhaft zu versuchen, diese Unterschiede als negative Verschiedenheiten als solche zu thematisieren und zu bearbeiten, weil sie damit nur weiter festgeschrieben werden. Ebenso falsch wäre es aber durch eine gesamtdeutsche Rhetorik, ihre Existenz zu leugnen. Nötig ist es vielmehr, diese qualitativen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen (übrigens ebenso wie die regionalen Prägungen) zu kennen und bewusst nutzbar zu machen für die Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben.

Wie das geschehen kann, lässt sich meines Erachtens am zweiten Teil der These von der Notwendigkeit einer starken Bürgergesellschaft als Grundlage für Demokratie, Rechtsstaat und soziale Marktwirtschaft sehr gut verdeutlichen. Ich bin davon überzeugt, dass eine Gesellschaft, in der sich jede Einzelne und jeder Einzelne als Bürgerin und Bürger fühlt, fühlen kann und soll, die notwendige Voraussetzung dafür ist, dass auf Dauer Stabilität *und* Offenheit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung garantiert werden können. Ich lese den zweiten Satz der These nicht in dem Sinne, dass diese Bürgergesellschaft im Westen existiere und im Osten noch zu schaffen sei. Vielmehr will ich kurz skizzieren, welche Art von Bürgergesellschaft gemeint sein sollte und welche Vorstellung ich habe, damit genau das geleistet werden kann, was die These zu Recht behauptet.

Bürgergesellschaft ist für mich kein „Gegenüber“-Begriff. Schon gar nicht ist Bürgergesellschaft ein Gegenbegriff oder eine Alternative zur Politik; vielmehr

wäre eine funktionierende Bürgergesellschaft die Voraussetzung für gute und erfolgreiche Politik in der Demokratie. Eine Gesellschaft der Bürgerinnen und Bürger müsste dann die Politik herausfordern und in eine gute Richtung drängen, statt populistische Forderungen *an die* Politiker zu stellen, die man für sich selbst im persönlichen Leben nicht bereit ist zu akzeptieren. Bürgerinnen und Bürger im Sinne der Bürgergesellschaft können sich nicht wohl dabei fühlen, wenn sie sich nicht für Politik interessieren, die Verantwortung für das Gemeinwohl bei den Politikern „abladen“ und trotzdem nicht einmal zur Wahl gehen. Insoweit ist der Begriff der Bürgergesellschaft, der für menschenwürdiges Zusammenleben, für eine aufeinander Rücksicht nehmende Gesellschaft schlechthin stehen könnte, eine Tautologie.

Nun haben wir in der Gesellschaft alle unterschiedliche Verantwortlichkeiten, spielen verschiedene „Rollen“ und sind in unseren speziellen, fachspezifischen Verständigungssystemen gefangen. Eine wirkliche Bürgergesellschaft fordert von allen vielfältige Grenzüberschreitungen. Das bezieht sich nicht nur auf den Politikbereich. Die Forderung nach einer starken Bürgergesellschaft enthält immer zuerst die Forderung an uns selbst, eigene Interessen für das Gemeinwohl im Sinne von Solidarität und nationaler Zusammengehörigkeit zurückzustecken. Zugespitzt formuliert: Die aktuelle Herausforderung zur inneren Einheit des Vaterlandes besteht gerade in einer Stärkung der oben ange deuteten Bürgergesellschaft.

Das hieße dann gerade nicht, Ostdeutsche bräuchten nur die Individualisierungsprozesse der Westdeutschen nachzuholen. Es wäre für sie auch nicht angezeigt – so wichtig es im Einzelfall für die Karriere sein mag –, verstehen und sich entsprechend verhalten zu lernen, wie man sich einzuordnen hat in althergebrachte Fachbruderschaften, Denkschulen und Stilfragen, und wie man möglichst erfolgreich die spezifizierten Machtkämpfe innerhalb sozialer Gruppen und gegen andere besteht. Etwas provokant formuliert ließe sich sagen: Nicht das Ankommen der „Ossis“ in der ungeliebten Ellenbogengesell-

schaft, sondern unser aller Bemühen um die Schaffung der immer nur beschworenen, aber wenig verwirklichten Welt einer echten Bürgergesellschaft lautet die Herausforderung. Die innere Einheit hätte dann kein Problem mit Unterschieden, sondern läge im – zugegebenermaßen recht idealistischen – gemeinsamen Ziel einer Bürgergesellschaft. Das ist wenig spektakulär und nicht neu. Aber es ist heute wohl schwieriger und nicht selbstverständlich, wenn damit eine persönliche Lebenseinstellung und konkretes Verhalten gemeint ist: wieder stärker dem Gemeinwohl zu dienen! Es geht um eine persönliche, schöne alte Verpflichtung, die auch die Kanzlerin gebraucht: „Ich wollte Deutschland dienen!“ Was würde es bedeuten, wenn nicht nur die erste Bürgerin des Landes, sondern alle dem Gemeinwohl in unserem Land dienen wollten? Genau diese Einstellung ist für mich die Voraussetzung dafür, von aktiven Bürgerinnen und Bürgern zu sprechen, die ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen. Es werden demnach andere Bürger gesucht als nur Rechtspersonen eines Staates oder Wahlbürger.

Der „Bürger neuen Typus“ müsste jeweils an seiner Stelle, in seiner jeweils spezifischen Verantwortung – nicht jeder kann Kanzler sein oder will Politiker werden – fragen und bereit sein, wie er stärker dem Gemeinwohl dienen kann. Er müsste zuerst daran interessiert sein, die ihm zugedachte Rolle zu spielen – positiv gesprochen: die Verantwortung in *seinem* Bereich und in *seinem* Beruf wahrzunehmen. Mit Bereich meine ich hier die Gesamtheit der unterschiedlichen sozialen Gruppen und Funktionsbereiche in der Gesellschaft. In diesem Sinne finden sich „Bürger“ in allen Teilbereichen der Gesellschaft – in der Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, der Verwaltung, den Medien, der Bildung, der Kunst und Kultur, der Religion und im Privatbereich. Sie gehören dabei zu den Jungen oder Alten, den Schwachen oder Starken, den Reichen oder Armen, den Vorgesetzten oder Untergebenen, Fähigen oder Unfähigen, den Liebenswerten oder Unsympathischen, zu den Produzenten oder Konsumenten, den Aktiven oder Passiven. Sie alle sind unverwechselbare Menschen!

Sie alle sind befähigt, über ihren Bereich und ihre „erste“ Verantwortung hinaus Brücken zu anderen Milieus, Wahrnehmungsebenen und Aktionsfeldern zu bauen und Grenzüberschreitungen zu wagen. Gemeint ist ein Tätigwerden für das Gemeinwohl: beim Benefizspiel des Sportvereins, dem Chortreffen in der Partnerstadt, der bewussten, politisch unkorrekten Äußerung eines Berufslobbyisten, die das Wohl vieler in den Blick nimmt und nicht nur das Partikularinteresse der Gruppe, die man zu vertreten hat, beim Verlassen des eigenen Zuständigkeitsbereiches, um im Notfall anderen zu helfen und unendlich viel mehr. Gemeint sind Grenzübertritte, bei denen wir den vertrauten Bereich, das eigene Verständigungs- und Codesystem verlassen: die Managerin, die nicht an Gewinnmaximierung denkt, der Politiker, der nicht Machtinteressen, sondern seinem Gewissen folgt, der Atheist, der erkennt wie existenziell wichtig anderen ihr christlicher oder muslimischer Glaube ist, der Künstler, der einer tollen Idee zur Provokation nicht folgt, und der Journalist, der ein Bild nicht zeigt, weil es die Würde eines anderen Menschen verletzt, eine Diplomatin, die einfach mal die Dinge beim Namen nennt. Je mehr und je öfter sich Menschen ihre Freiheit als Bürgerin und Bürger nehmen und nicht nur in den ihnen zugedachten Kästchen funktionieren wollen, tragen sie durch unkonventionelles Verhalten zur Vielfalt gemeinsamen Lebens bei. Neue Ideen und weiterführende Projekte entstehen dort, wo Grenzen überschritten werden, wie Bernhard von Mutius meint. Bürgergesellschaft entsteht, wenn wir uns auf die Sichtweisen anderer Gruppen und Funktionsbereiche einlassen und lernen, in neuen Beziehungen zu denken und uns zu verhalten.

Individualisierung und Partikularinteressen verdienen in jeder Demokratie einen herausgehobenen Platz, ja sind unverzichtbar. Kein Rechtssystem funktioniert ohne klare Begriffe und Zuständigkeiten. Aber damit *allein* ist kein menschenwürdiges Zusammenleben zu organisieren und wahrscheinlich nicht mal ein guter Staat. Unser Zusammenleben in der Gesellschaft, in einem ge-



meinsamen Staat braucht die kommunikative Infrastruktur der vielen kleinen und großen Gemeinschaften, so Hans Joas.

Sich in diesem Sinne einzubringen, so scheint es mir, fällt Ost- und Westdeutschen auf je unterschiedliche Art mal schwerer und mal leichter. Ja, es könnte sogar sein, dass dieser Unterschied zwischen den im Westen und den im Osten Sozialisierten für die innere Einheit und die Herausbildung einer neuen „Bürgerlichkeit“ und einer Bürgergesellschaft, die diesen Namen verdient, sehr fruchtbar ist. Damit wären dann wirklich Stabilität *und* Offenheit in einem demokratischen *und* sozialen Rechtsstaat dauerhaft zu sichern!

Literatur:

Luhmann, Niklas: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. – Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1987. – (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft; 666).

Mutius, Bernhard von (Hrsg.): Die andere Intelligenz. Wie wir morgen denken werden. Ein Almanach neuer Denkansätze aus Wissenschaft, Gesellschaft und Kultur. – Stuttgart: Klett-Cotta, 2004.

Joas, Hans: Pragmatismus und Gesellschaftstheorie. – 2. Aufl. – Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1999. – (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft; 1018).

Günter Nooke



Persönlicher G8-Afrikabeauftragter der Bundeskanzlerin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Am 21. Januar 1959 in Forst (Lausitz) geboren, verheiratet, drei Töchter, Diplomphysiker.

Beruflicher Werdegang und politische Erfahrungen

seit April 2010: Persönlicher G8-Afrikabeauftragter der Bundeskanzlerin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

2006 bis 2010: Beauftragter für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt

seit 2003: Mitglied im Rundfunkrat der Deutschen Welle

1998 bis 2005: Bundestagsabgeordneter

Sprecher für Kultur und Medien der CDU/CSU-Fraktion

Sprecher und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Enquête-Kommission "Kultur in Deutschland"

Sprecher der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten und Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

1995 bis 1998: Abteilungsleiter Controlling

Geschäftsstelle des Steuerungs- und Budgetausschusses für die Braunkohlesanierung Berlin

1990 bis 1994: Mitglied des Landtages Brandenburg

Fraktionsvorsitzender der Fraktion Bündnis 90, später Bündnis

1990: Mitglied der Volkskammer der DDR

Mitglied im Wirtschaftsausschuss, Mitglied des Verwaltungsrates der Treuhandanstalt

1985 bis 1990: Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Fachgebietleiter Arbeitshygieneinspektion des Bezirkes Cottbus

Studium

1986 bis 1990: Postgraduales Studium Arbeitsmedizin in Berlin, Fachphysiker der Medizin

1980 bis 1985: Physikstudium an der Universität Leipzig, Abschluss als Diplom-Physiker

Schul- und Berufsbildung

1978 bis 1980: Wehrdienst

1975 bis 1978: Lehre in Cottbus, Abschluss als Baufacharbeiter mit Abitur

1965 bis 1975: Polytechnische Oberschule in Forst (Lausitz)